

Die wuchtige Rückkehr des Elementaren

Warum Landnutzung, Naturschutz und Klimaschutz heute ins Zentrum guter Politik gehören

Reinhard Loske

Im Studium der Wirtschaftswissenschaften wird man früher oder später mit der sogenannten Drei-Sektoren-Hypothese nach Jean Fourastié konfrontiert.¹ In diesem Theoriegebäude wird die Wirtschaft zunächst in drei Sektoren unterteilt, den primären Sektor, die sogenannte Urproduktion (die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie die unmittelbare Rohstoffgewinnung), den sekundären oder produzierenden Sektor (die Industrie und große Teile des Handwerks) sowie den tertiären Sektor, der Handel und Dienstleistungen aller Art umfasst.

Den Kern dieser Hypothese bildet die Aussage, dass sich das Verhältnis der drei Sektoren im Zuge der Entwicklung moderner Ökonomien erheblich verändert. Der Anteil des primären Sektors an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen, der zum Beginn der Industrialisierung noch hoch liegt, schrumpft im Entwicklungsprozess bis zur Bedeutungslosigkeit. Der Anteil des sekundären Sektors steigt im Zuge des Industrialisierungsprozesses zunächst gewaltig an, um dann schrittweise zurückzugehen.

Die Ursache für den relativen Bedeutungsschwund des primären, später auch des sekundären Sektors liegt nach Fourastié und seinen Adepten im technischen Fortschritt, insbesondere in den gewaltigen Rationalisierungspotentialen in Landwirtschaft, Rohstoffgewinnung und Industrie. Hier könne menschliche Arbeitskraft durch Maschinen, Energie und Prozessoptimierung weitgehend ersetzt werden.

Der tertiäre Sektor hingegen bietet in dieser Logik unbegrenzte Wachstumsmöglichkeiten, zum einen, weil es hier immer neue Bedürfnisse zu befriedigen (und durch Werbung zu wecken) gilt, zum anderen, weil Dienstleistungen im Regelfall personalintensiver sind und sich entsprechend geringere Rationalisierungsmöglichkeiten bieten. Als hochentwickelt gilt eine Ökonomie dann, wenn ihr Dienstleistungsanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der Gesamtbeschäftigtenzahl bei über 70 oder gar über 80 Prozent liegt.

Die Zahlen scheinen Fourastié Recht zu geben. Beispiel Deutschland: Lag der Anteil von Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft an der



Prof. Dr. Reinhard Loske

ist Präsident der Cusanus Hochschule für Gesellschaftsgestaltung und dort auch Professor für Nachhaltigkeit. Zuvor war er u.a. Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa der Freien Hansestadt Bremen und Mitglied des Deutschen Bundestages.

Wertschöpfung 1850 noch bei 46,5 Prozent, so sank er bis 1989 auf 1,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil von Handel und Dienstleistungen von 19 auf über 40 Prozent.²

Noch deutlicher wird die Entwicklung, wenn man sich für Deutschland den Zeitraum von 1950 bis 2020 anschaut und die Beschäftigtenzahlen als Bezugsgröße wählt: 1950 waren 24,6 Prozent der Erwerbstätigen im primären Sektor beschäftigt, 2020 noch ganze 1,3 Prozent. Im sekundären Sektor lagen die entsprechenden Zahlen 1950 bei 42,9 Prozent und 2020 bei 24 Prozent. Demgegenüber stiegen die Zahlen im tertiären Sektor enorm an, von 32,5 Prozent 1950 auf 74,7 Prozent 2020.³

Trotz dieser Evidenz gibt es selbst innerhalb der Ökonomen-Zunft zahlreiche Kritikpunkte an der Drei-Sektoren-Hypothese. Sie reichen von der inzwischen offenkundigen Fehlannahme, dass es im Dienstleistungssektor angeblich nur geringfügige Rationalisierungspotentiale gibt (Stichwort Digitalisierung!), bis zur mangelhaften Berücksichtigung der intersektoralen Verwobenheit, etwa zwischen Industrie und Logistik, Land- und Ernährungswirtschaft oder Handwerk und Dienstleistungen. Die faktische Sektorenkopplung werde durch künstliche Abgrenzungen schlicht unsichtbar gemacht – und die Politik auf falsche Fährten gesetzt.

Diese inhaltlichen und methodischen Kritiken an der Hypothese sind relevant, sollen nachfolgend aber nicht im Mittelpunkt stehen. Vielmehr soll es um eine viel grundsätzlichere Frage gehen: Leistet die im wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream vorherrschende sektorale Denkart nicht mindestens implizit einer Geringschätzung der Natur Vorschub? Ist die Fixierung auf das BIP als zentraler Bezugsgröße für die Früchte und Leistungen der Natur der richtige Maßstab?

Die Naturvergessenheit als Wesenskern der Mainstreamökonomik

Auf welche bizarren Irrwege die konventionelle Ökonomik mit ihrer starken BIP-Ausrichtung bei der Einschätzung des Verhältnisses von ökologischen Gefahren und ökonomischen Entwicklungen geraten kann, zeigt beispielhaft ein berühmter

Aufsatz von William D. Nordhaus, der 2018 für seine Forschungen zur Klimaökonomie mit dem sogenannten Wirtschafts-Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Der im *Economist* unter dem Titel „*Climate Economics: Count before you leap*“ („Klimaökonomie: Erst rechnen, dann handeln“) im Juli 1990 erschienene Artikel befasst sich mit den Kosten des Klimaschutzes in den Vereinigten Staaten und versucht sich daran, einen ökonomisch effizienten Klimaschutzpfad zu definieren.⁴ Im Vordergrund steht dabei die Warnung, nicht durch unbedachtes und übertrieben ängstliches Vorsorgehandeln finanzielle Ressourcen zu vergeuden und damit Wachstumspotentiale zu verspielen. Die Kernthese von Nordhaus lautet: Statt „panischem Öko-Aktionismus“ seien beim Klimaschutz vielmehr „sorgfältige Kosten-Nutzen-Analysen“ geboten.

Was damit gemeint ist, macht der Autor im Weiteren unmissverständlich klar:

„Greenhouse warming would have little effect on America's national output. About 3% of American GNP originates in climate-sensitive sectors such as farming and forestry. Another 10% comes from sectors only modestly sensitive – energy, water systems, property and construction. Far the largest share, 87%, comes from sectors, including most services, that are negligibly affected by climate change.“⁵

Zu Deutsch:

Die Erderwärmung würde nur eine geringe Auswirkung auf Amerikas Produktion haben. Nur etwa 3 Prozent des Bruttosozialprodukts entstammen klimasensiblen Bereichen wie der Land- und Forstwirtschaft. Weitere 10 Prozent kommen aus geringfügig klimasensiblen Sektoren wie Energie- und Wasserwirtschaft, Immobilien und Bauwesen. Der bei weitem größte Anteil am Sozialprodukt, 87 Prozent, stammt aus Sektoren, inklusive der meisten Dienstleistungen, die durch den Klimawandel nur vernachlässigbar beeinträchtigt werden.⁶

Zwar gebe es in der industrialisierten Welt vielleicht den einen oder anderen Verlierer der Erderwärmung, aber wahrscheinlich auch Gewinner. Völlig ironiefrei heißt es etwa: „In recreation, snow skiing will be hurt, but water skiing will benefit.“ Klar, Gletscher mögen schmelzen und der Schnee in den Bergen mag ausbleiben, aber Was-

serskifahren wird möglicherweise profitieren. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Dass aus einer solchen Sichtweise dann Politikempfehlungen abgeleitet werden, die beim Klima- und Naturschutz zur langsamen Gangart raten, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden und unnötige Kapitalvernichtung zu vermeiden, erstaunt nicht wirklich. Vielleicht erstaunlicher ist das hinter dieser Betrachtungsweise aufscheinende Weltbild. Unmittelbar naturgebundene Wirtschaftsaktivitäten werden als vernachlässigbare Größe gesehen, die weitgehend verbindungslos neben den wirklich wichtigen Sektoren Industrie und vor allem Dienstleistungen steht.

Wirtschaft wird hier nicht als in die Natur eingebettet und von ihr abhängig wahrgenommen, sondern steht losgelöst neben beziehungsweise über ihr. Die vielfältigen Gratisleistungen der Natur, die die menschliche Existenz überhaupt erst ermöglichen, man könnte sie auch Geschenke nennen, werden in ihrer Bedeutung heruntergespielt oder gar ignoriert, von erneuerbaren bis zu nicht-erneuerbaren Rohstoffen, von der Bodenfruchtbarkeit bis zur Klimastabilität, von gutem und ausreichendem Wasser bis zur sauberen Luft, von der biologischen Vielfalt bis zu den Bestäubungsleistungen der Insekten und vielem anderen mehr.

In dieser Logik ist die Unabhängigkeit von der Natur und ihren Veränderungen am besten in denjenigen Ökonomien gegeben, deren Primärsektor so klein wie möglich ist. Die sogenannten Entwicklungsländer, in denen der Anteil von unmittelbaren naturgebundenen Wirtschaftsaktivitäten noch sehr hoch liegt, sind hier die Verlierer von Umwelt- und vor allem Klimawandel: „In sum, the impacts of climate change on developed countries are likely to be small, probably amounting to less than 1% of national income over the next half-century. In contrast, small and poor countries with large agricultural sectors are particularly vulnerable.“⁷ Diese Diagnose ist bezüglich der Länder des globalen Südens nicht falsch, legt aber den irrigen Schluss nahe, wenn diese sich nur so entwickelten, wie es der globale Norden im Laufe des vergangenen Jahrhunderts getan hat, werde alles gut. Dass nichts gut würde, wenn alle Staaten der Welt sich so ressourcen- und energieintensiv entwickelten wie die Länder

des globalen Nordens, muss aber heute als Binsenweisheit gelten. Die Folge nämlich wäre der Kollaps des Planeten.

Dass William D. Nordhaus, dessen akademische Lebensleistung als Ökonom hier nicht bewertet werden soll, für die beschriebene Sichtweise beziehungsweise genauer „für die Integration des Klimawandels in die makroökonomische Analyse“ 2018 mit dem sogenannten Ökonomie-Nobelpreis ausgezeichnet wurde, sagt leider sehr viel über die Anerkennungsstrukturen in den Wirtschaftswissenschaften aus. Naturvergessenheit und das „Kleinrechnen“ so existentieller Probleme wie der Erderwärmung gelten als prämiierungswürdig, obwohl sie im Ergebnis maßgeblich dazu beigetragen haben, dass im Klima- und Naturschutz dreißig Jahre lang das Notwendige unterblieben ist.⁸

Klimaökonomie

Hat sich denn in den Wirtschaftswissenschaften im Hinblick auf deren Naturwahrnehmung und -bewertung in den letzten Dekaden gar nichts geändert? Doch, hat es. Da sind zunächst einmal die dissidenten und alternativen Strömungen zu nennen, die das enge Korsett der Standardökonomik abgelegt haben: von der ökologischen Ökonomik bis zur Postwachstumsökonomik, von der Gemeinwohlökonomie bis zur Gemeingüter- (oder „Commons“-)Ökonomie, von der solidarischen Ökonomie bis zur sogenannten „Doughnut Economy“, die ökologische Obergrenzen ebenso einbezieht wie soziale Mindeststandards.⁹ Ihnen allen ist gemein, dass sie den Leitsternen der Standardökonomik nicht bedingungslos folgen wollen: Wettbewerb, Wachstum, Effizienz, Gewinnmaximierung, Freihandel, Kosten-Nutzen-Denken und „Economies of Scale“ (Größenvorteile) gelten hier eher als etwas ökologisch und sozial Bedenkliches und entsprechend Einzuhegendes. Als Ziel gilt diesen Strömungen die Wiedereinbettung der Ökonomie in gesellschaftliche Ziele und natürliche Kreisläufe.¹⁰

Allerdings hat die Umweltfrage auch allmählich Einzug in die Standardökonomik gehalten, in der Umweltprobleme zunehmend als sogenannte Externalitäten beschrieben werden, die es über

„ökologisch wahre Preise“ in das Marktsystem zu internalisieren gelte. Nicht ein grundsätzlicher Systemwechsel sei vonnöten, etwa die Abkehr von Wachstum, Effizienz oder internationaler Arbeitsteilung, sondern die Förderung von grünem Wachstum, technischer Ökoeffizienz und Wettbewerbsvorteilen auf grünen Märkten durch markt-basierte Instrumente wie die CO₂-Bepreisung. So ließen sich Umwelt- und Klimaschäden in der Zukunft vermeiden und zugleich neue und zukunfts-fähige Wertschöpfungsfelder kreieren.

Eine solche Win-win-Philosophie prägte etwa den 2006 erschienenen *Stern-Review on the Economics of Climate Change* im Auftrag des britischen Schatzamtes (Finanzministeriums), der unter der Leitung des ehemaligen Weltbank-Chefökonomens Sir Nicholas Stern erstellt wurde und großen Einfluss auf die internationale Klimapolitik hatte, wenngleich keinen durchschlagenden. Sterns zentrale These lautete: Bei einer konsequenten Anwendung des Instruments der Kosten-Nutzen-Analyse kommt heraus, dass unterlassener Klimaschutz teurer ist als vorsorgender Klimaschutz. Im Ergebnis bedeutet konsequenter Klimaschutz nach Stern wegen der vielen neu entstehenden Klimaschutzmärkte nicht weniger BIP-Wachstum, sondern mehr, und zwar im globalen Norden wie im globalen Süden.¹¹ Ex-Premier Tony Blair, der bei der Präsentation der Studienergebnisse dabei war, hörte und vertrat diese Botschaft gern. Es gehe nicht um Wirtschaftswachstum oder Klimaschutz, sondern um grünes Wirtschaftswachstum durch Klimaschutz.

Freilich ehrt es Sir Nicholas Stern, dass er nur wenige Jahre nach dem Erscheinen seines Reports öffentlich bekannte, die Risiken des Klimawandels erheblich unterschätzt zu haben. Auch seien ethische Überlegungen gegenüber ökonomischen systematisch zu kurz gekommen. Die Aussage, dass unterlassenes Handeln gegenüber vorsorgendem Handeln wesentlich kostenintensiver sei, habe deutlich stärker formuliert werden müssen.¹²

Ökonomie der Biodiversität

Fünfzehn Jahre später ist nun, analog zum *Stern-Report* und wiederum vom britischen Schatzamt in Auftrag gegeben, eine umfassende Studie zur

Ökonomie der Biodiversität vorgelegt worden. Damit beauftragt wurde der renommierte Cambridge-Ökonom Partha Dasgupta. Seine Aufgabe: Erstellung einer Zusammenschau des weltweiten Wissens über das Verhältnis von Ökonomie und biologischer Vielfalt.¹³

Der 606-Seiten-Bericht mit dem Titel *The Economics of Biodiversity* fußt auf den umfassenden Vorarbeiten des Weltbiodiversitätsrates (IPBES)¹⁴, der in zahlreichen Publikationen gezeigt hat, wie sehr menschliche Gesellschaften von den Gratisleistungen der Natur profitieren, zugleich aber große Teile der Natur übernutzen, überformen und zerstören: 75 Prozent der Landoberfläche und 66 Prozent der Meeresfläche sind stark verändert. Über 85 Prozent der Feuchtgebiete sind zerstört. Das Artensterben liegt heute hunderte Male höher als im Durchschnitt der letzten 10 Millionen Jahre. Der IPBES schätzt, dass in den nächsten Jahrzehnten rund eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind.

Der Ansatz von Dasgupta und seinem Team besteht nun darin, zu fragen, warum Landschaftsvielfalt, Artenvielfalt und genetische Vielfalt von der heute vorherrschenden Wirtschaftsweise so systematisch zerstört werden: Warum entnehmen wir der Natur deutlich mehr Ressourcen als ihre Regenerationskraft eigentlich hergibt? Warum überstrapazieren wir ihre Fähigkeit, Leistungen wie Wasserspeicherung, Luftreinhaltung, Klimastabilität oder Pflanzenbestäubung zu erbringen, die doch ein Faktor der Mitproduktivität sind? Warum muten wir ihr Abfälle, Abwässer und Abgase in einem Ausmaß zu, das sie nicht verarbeiten kann? Warum lassen wir immer weniger Platz für nicht-menschliche Mitlebewesen? Und warum gefährden wir durch all dies die materielle Basis unserer Existenz und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde?

Dasguptas Antworten auf diese Fragen klingen zunächst in weiten Teilen so, wie man sie von einem Mainstream-Ökonomen erwarten würde: In den Nachkriegsökonomien der industrialisierten Welt sei es nicht verwunderlich gewesen, dass zunächst das produzierte Kapital (Häuser, Fabriken, Infrastrukturen, Fahrzeuge) im Vordergrund gestanden habe. Mit zunehmender Entwicklung sei dann die Bedeutung des Humankapitals hinzugekommen, also die Rolle der Bildung, der Aus-

bildung und der Forschung. Dies werde nun in ähnlicher Weise in den Ländern der Südhemisphäre nachvollzogen, in denen es oft noch an elementarsten Existenzbedingungen mangle.

Über diese starke Ausrichtung an produziertem Kapital und Humankapital sei aber die Natur als Existenzgrundlage zunehmend vergessen worden. Diese gelte es deshalb nun als Naturkapital zu erfassen, zu monetarisieren, zu bilanzieren und so in die Entscheidungsprozesse von Regierungen, Unternehmen, Finanzinstitutionen und Zivilgesellschaft zu integrieren. Kurz: Das Portfolio der Entscheidungsträgerinnen und -träger müsse in Zukunft drei Kapitalformen beinhalten: produziertes Kapital, Humankapital und Naturkapital, so dass andere Abwägungsprozesse stattfinden und die Naturvergessenheit ein Ende finde.

Neben der Inwertsetzung und Bepreisung der Natur und ihrer Leistungen und den entsprechenden Berichtssystemen sieht Dasgupta als weitere Herausforderungen den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und höhere Investitionen in den Erhalt und die Regeneration der Natur. Durch Subventionen entstünden in Bereichen wie Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Bergbau, aber auch Transport, Energiewirtschaft und Industrie gewaltige Fehlanreize, die gleichermaßen zu Umweltzerstörung und Marktverzerrungen führen würden. Bei der digitalen Erstpräsentation seiner Ergebnisse in der Royal Society gemeinsam mit Boris Johnson und Prinz Charles stellte Dasgupta kühl fest: „Wir bezahlen uns praktisch noch dafür, dass wir die Natur aufzehren.“ Das müsse schnellstmöglich beendet werden.¹⁵

Den gewaltigen Schäden für den Naturhaushalt durch Subventionen stünden viel zu geringe Investitionen in den Erhalt und die Entwicklung von Naturschutzgebieten und die Restauration von erodierten Naturflächen gegenüber. Sie liegen bei lediglich 0,1 Prozent des globalen Sozialprodukts und müssen nach Dasguptas Einschätzung stark erhöht werden. Die Kombination aus unterlassener Subventionierung von Naturzerstörung und dem präventiven Investieren in Naturerhalt biete heute enorme Chancen für eine nachhaltige Entwicklung und eine sozial-ökologische Transformation. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist hier kein weiches Luxusthema mehr, sondern ein hartes ökonomisches Thema.¹⁶

Bis hierher merkt man dem Autor an, dass er durchaus dem Lager der konventionellen Standardökonomik zuzurechnen ist, das die fundamentale Kritik an Wachstums- und Akkumulationszwängen, Konsumismus und Überglobalisierung, Effizienzfetisch und Wettbewerbsidealisation weitgehend meidet. Das erhöht natürlich die Anschlussfähigkeit an die Hauptdiskurse der Politik, in denen grüne Märkte, grüne Technologien, grüne Jobs und grünes Wachstum gern gehörte Chancen-Erzählungen sind. Boris Johnson war denn auch voll des Lobes für den Dasgupta-Report, der zeige, dass Wirtschaftswachstum und Biodiversitätsschutz Hand in Hand gehen können, wenn denn die Anreizsysteme nur richtig kalibriert würden.

Es verwundert deshalb nicht, dass viele Umweltaktivistinnen und -aktivisten im Vereinigten Königreich mit Skepsis auf den Dasgupta-Report schauen: Die Ökonomisierung immer weiterer Bereiche des Lebens habe doch geradewegs in die Umweltkrise geführt. Und nun versuche man, uns weiszumachen, dass alles besser werde, wenn die gesamte Natur ökonomisiert wird, um im Widerstreit der Interessen besser abzuschneiden. Das sei weder glaubwürdig noch erfolgversprechend.

Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen

Liest man den Dasgupta-Report jedoch von der ersten bis zur letzten Seite, dann lässt sich leicht erkennen, dass das Denken des Autors keineswegs beim Aufstellen grüner Preisschilder endet, sondern von der Notwendigkeit ausgeht, das ökonomische System wieder stärker in das Natursystem einzubetten, dessen Teil es in Wahrheit ist. Er empfiehlt, klare Grenzen der Naturnutzung zu ziehen, die sich an der Regenerationskraft der jeweiligen Natursysteme ausrichten, etwa der Atmosphäre, der Böden und Wälder oder der Hydrosphäre. Es wird also kein Nachwächterstaat propagiert, der alles den sogenannten Märkten überlässt, sondern ein rahmen- und zieleisetzender, regulierender und polyzentrischer Staat, der überdies in multilaterale Verträge eingebunden ist.

Eine Empfehlung etwa lautet, dass bis 2030 alle Staaten 30 Prozent ihrer Land- und Meeresflä-

chen zu Naturschutzgebieten erklären und entsprechende Management- und Investitionspläne präsentieren müssen. Bislang liegen die entsprechenden Anteile bei fünfzehn Prozent an Land und lediglich sieben Prozent auf dem Meer. Die gegenwärtige Corona-Pandemie, an deren Entstehung und Verbreitung Wildtiere wahrscheinlich ursächlich beteiligt sind, sehen Dasgupta und sein Team als Weckruf dafür, dass wir in der Respektlosigkeit gegenüber der Natur bereits zu weit gegangen sind.

Um den wesentlich zu hohen Nutzungsdruck auf die Natursysteme abzusenken, werden neben Naturschutzgebieten auch neue Regeln für eine Kreislaufwirtschaft vorgeschlagen, die Vermeidungsstrategien ebenso einschließen wie Wiederverwertungs- und Recyclingstrategien und Standards für gemeinschaftliche Nutzungsformen von Gütern und Diensten in der *Sharing Economy*. In den globalen Lieferketten seien ökologische und menschenrechtliche Prinzipien konsequent anzuwenden und durch Transparenz kenntlich zu machen.

Diese Vorschläge zur Absenkung der *Nachfrage* nach Natur dürften wesentlich weniger kontrovers diskutiert werden als diejenigen zur Erhöhung des *Angebots* an Natur, von der grünen Gentechnik bis zum sogenannten *precision farming*. Diese Technologien machen die Landwirtschaft durch Patente zu einem profitablen Geschäftsfeld für Chemie-, Saatgut- und Digitalkonzerne und könnten die Bäuerinnen und Bauern als Abhängige und Verlierer zurücklassen, vor allem die Kleinbäuerinnen und -bauern der Südhemisphäre.

Das Bruttoinlandsprodukt als Fehlorientierung

Eine fundamentale Kritik übt Dasgupta an der Fixierung auf das BIP als zentralem Wohlstandsindikator. Dieser Indikator sei von seinen Erfindern nie als reiner Erfolgsmaßstab gemeint gewesen, sondern als Messgröße zur Erfassung des Flusses von Gütern und Dienstleistungen in einem Territorium innerhalb eines Jahres. Zu bestimmten Dingen könne das BIP als Flussgröße gar keine Aussagen machen, etwa zu Qualität der Sozialbeziehungen, zur Verteilungsgerechtigkeit und eben

zum quantitativen und qualitativen Zustand der Natur.

Natur nämlich müsse als dynamische Bestandsgröße, als „stock“, verstanden werden. Das Schwinden der Ressourcenbestände oder der biologischen Vielfalt sowie die nachlassende Regenerationskraft der Natursysteme spiegele sich gar nicht im BIP, sodass wir längst in einer Wohlstandsillusion lebten. Nur neue Wohlstandsindikatoren, die auch ökologische und soziale Kriterien einbeziehen, könnten hier Klarheit schaffen.

Mit der schwindenden Aussagekraft des BIP als tauglichem Wohlfahrtsindikator relativiert sich auch die Drei-Sektoren Hypothese stark, deren Logik aufs Engste mit der BIP-Definition verbunden ist. Die Aussage jedenfalls, je geringer der Anteil von unmittelbar naturgebundenen Wirtschaftsaktivitäten sei, desto größer sei der Wohlstand einer Nation, lässt sich nicht halten.

Fazit: Das Elementare gehört ins Zentrum der Politik

Zutreffend ist etwas ganz anderes: Die natürlichen Lebensgrundlagen, die Produkte und systemischen Leistungen der Natur, bilden die Basis unserer Existenz. Insofern sind sie tatsächlich *primär*.

Es lässt sich darüber streiten, ob man die natürliche Mitwelt eher als Naturkapital oder als Geschenk verstehen möchte. Da spielen persönliche Grundwerte, kulturelle Kontexte, politische Einschätzungen und ökonomische Kalküle eine Rolle. Und da spielen sicher auch objektive Erfahrungshintergründe eine Rolle. Die sind bei einem Bauern nun einmal anders als bei einer Ingenieurin, bei einem Naturforscher anders als bei einer Literaturin. Das ist das Wesen pluralistischer Gesellschaften. Ganz unabhängig davon aber gilt es im eigenen Interesse und demjenigen zukünftiger Generationen, sorgsam, dankbar und enkeltauglich mit der Natur und den Mitlebewesen umzugehen.

Die gegenwärtige Pandemie, die Klimakrise und die Biodiversitätskrise zeigen deutlich, dass die menschliche Gesundheit und die planetare Gesundheit eng miteinander verwoben sind. Diese Einsicht darf aber nicht auf Sonntagsreden beschränkt bleiben, sondern muss vor allem in der

Politik zur Grundorientierung werden. Die elementaren Fragen von Boden, Wasser, Luft, Gesundheit, Natur und gesellschaftlichem Zusammenhalt gehören ins Zentrum der praktischen Politik. Präziser: Sie dringen momentan selbst und mit großer Wucht auf die politischen Tagesordnungen der Staaten und der Staatenwelt.

Gerade als Deutsche und Europäer haben wir in den nächsten Jahren eine Fülle von Möglichkeiten, zu zeigen, ob wir es mit der Nachhaltigkeit wirklich ernst meinen, ob wir bereit sind, das Elementare ins Zentrum der Politik zu rücken: von der Landwende bis zur Energiewende, von der Verkehrswende bis zur Kreislaufwirtschaft, von der sozial-ökologischen Transformation unserer Städte und Dörfer bis zur großflächigen Ausweisung von Naturschutzgebieten. Nie war das Fenster der Möglichkeiten für Geschichten des Gelingens so weit geöffnet wie heute. Schreiben müssen wir sie aber selbst – und zwar schnell.

Addendum:

In den Schreibprozess dieses Manuskripts hinein fallen zwei Entscheidungen zur Klimafrage, die von fundamentaler Relevanz für die Zukunft der Klimapolitik sind.

In den USA hat Präsident Biden angekündigt, die klimaverändernden Emissionen seines Landes bis 2030 (gegenüber 2005) zu halbieren. Sein Argument: So ließe sich ein gewaltiger grüner Wachstumsschub durch neue Technologien und Märkte initiieren, der vor allem eines zur Folge habe: Jobs, Jobs, Jobs! Man muss diese Ankündigung nicht für revolutionär halten, im Grunde vollzieht sie nur das nach, was Nicholas Stern bereits 2006 vorgedacht hat, aber doch kann man sagen, dass sie neues Momentum in die internationale Klimapolitik bringt und auch andere Staaten unter klimapolitischen Handlungsdruck setzt.

Von erheblicher Bedeutung ist auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April zur Unzulänglichkeit der Klimapolitik der Bundesregierung. Das Gericht hat in erfreulicher Klarheit ausgeführt, dass die Freiheits- und Grundrechte der Jungen und der zukünftigen Generationen durch die unzureichende Klimapolitik der Bundesregierung verletzt werden. Zugleich wurde der

Bundesregierung auferlegt, einen schlüssigen Reduktionspfad zur Erreichung der sogenannten Klimaneutralität vorzulegen, der durch konkrete Maßnahmen und nicht durch luftige Versprechungen in ferner Zukunft unterlegt ist. Dieses Gerichtsurteil ist auch deshalb von so großer Bedeutung, weil weltweit verschiedenste Verfahren anhängig sind, die sich in gleicher oder ähnlicher Weise gegen eine unzureichende Klimapolitik der Staaten richten. Politik muss jetzt handeln. Verschieben ist keine Option mehr.

Anmerkungen

- 1 Fourastié, Jean (1954): Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Bund-Verlag, Köln
- 2 Statista 2021:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/250092/umfrage/anteil-der-wirtschaftssektoren-an-der-nettowertschoepfung-in-deutschland/>
- 3 Statista 2021:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275637/umfrage/anteil-der-wirtschaftsbereiche-an-der-gesamtbeschaeftigung-in-deutschland/>
- 4 Nordhaus, William D. (1990): Greenhouse Economics: Count before you leap. In: The Economist, 7 July 1990, Abrufbar unter: <http://www.cs.cmu.edu/~jhm/nordhaus.htm>
- 5 Ebenda
- 6 Eigene Übersetzung
- 7 Nordhaus 1990
- 8 Loske, Reinhard (2019): Klimapolitik. Diesmal wirklich am Scheideweg? In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 68. Jg., Heft 4/2019: 469-478.
<https://doi.org/10.3224/gwp.v68i4.03>
- 9 Raworth, Kate (2017): Doughnut Economics. 7 Ways to Think Like a 21st-Century Economist, Random House, London
- 10 Loske, Reinhard (2014): Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Überlegungen zur Wiedereinbettung der Ökonomie in Gesellschaft und Natur. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 42. Jahrgang, Heft 3/2014: 463-485.

- <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2014-3-463>
- 11 Stern, Nicholas (2006): *The Economics of Climate Change: The Stern Review*, London School of Economics, London. Im Internet abrufbar unter:
https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20100407172811/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm
 - 12 Für einen Überblick zu den Reaktionen auf den Stern-Bericht siehe:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Stern-Report>
 - 13 Dasgupta, Partha (2021): *The Economics of Biodiversity: The Dasgupta Review*
<https://www.gov.uk/government/publications/final-report-the-economics-of-biodiversity-the-dasgupta-review>); Zur Einschätzung des Dasgupta-Reports siehe: Loske, Reinhard (2021): *Die Ökonomie der Biodiversität. Warum der Erhalt der biologischen Vielfalt die Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften ist*. In: *agora42 Blog*, April 2021:
<https://agora42.de/oekonomie-der-biodiversitaet-reinhard-loske/>
 - 14 <https://www.ipbes.net/>
 - 15 Das Youtube-Video zur Präsentation des Dasgupta-Berichts mit Premierminister Boris Johnson und Prinz Charles in der Royal Society findet sich hier:
<https://www.youtube.com/watch?v=e2QDOeKH0DE>
 - 16 Hierzu auch: Loske, Reinhard (2021): *Kritik der Politischen Ökonomie der Natur*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 4. Januar 2021: 6; sowie: Loske, Reinhard (2021): *The Economisation of Nature and its Services. The path to salvation or the wrong track?*, in: *Green House Think Tank*, April 2021:
<https://www.greenhousethinktank.org/>